

Chronik des Monats

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **37 (1958)**

Heft 7

PDF erstellt am: **29.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

CHRONIK DES MONATS

Innenpolitik

In der eidgenössischen Volksabstimmung vom 5./6. Juli 1958 wurde der Verfassungsartikel über den *Straßenbau* mit 514 742 Ja gegen 91 284 Nein und jener über das *Filmwesen* mit 362 241 Ja gegen 229 343 Nein angenommen. Die Stimmbeteiligung war wieder einmal sehr schlecht, erreichte sie doch im Landesdurchschnitt nur wenig mehr als 40 Prozent. Sollte das so weitergehen, könnte in der Schweiz eines Tages ernstlich die Gefahr des Absterbens der Aktivdemokratie entstehen; siehe die immer größer werdende Zahl der Gemeindeversammlungen, zu denen nur noch knapp fünf Prozent der Stimmberechtigten erscheinen.

Das starke Überwiegen der Ja-Stimmen beim Straßenbauartikel beweist, daß heute niemand mehr daran glaubt, unser Straßenwesen lasse sich ohne die Einschränkung kantonaler Hoheitsrechte rasch und gründlich modernisieren. Das aber wird allgemein als notwendig empfunden. Abstimmungspsychologisch war es klug, die definitive Linienführung der Nationalstraßen und den Entscheid über die Deckung jener Kosten, die über den Ertrag des Treibstoffzolles hinausgehen, zurückzustellen. Beides dürfte aber noch zu heftigen Diskussionen führen.

Dem Filmartikel wurde vom hauptsächlichen Opponenten, dem Landesring der Unabhängigen, entgegengehalten, er beeinträchtige die Wirtschaftsfreiheit in unzumutbarer Weise. Stärker als dieses Argument wirkte offenbar der Wille zur Abwehr ausländischer Propagandaeinflüsse und zur Schaffung ausreichender Rechtsgrundlagen für die Förderung des Schweizer Films. Die relativ hohe Zahl der Nein-Stimmen sollte aber Fingerzeig dafür sein, die kommende Gesetzgebung nicht in der Richtung der Verankerung gewerbeschützerischer Privilegien für die filmwirtschaftlichen Verbände zu gestalten, sondern in erster Linie für ein vermehrtes Mitspracherecht der Filmkonsumenten zu sorgen. Das ist es nämlich, was not tut.

Vom Mann der Straße, oder in diesem Fall von der Frau des Hauses noch fast unbemerkt, erfolgte sodann in der Berichtszeit ein wichtiger Vorstoß für wesentliche Änderungen der Maßnahmen zur Sicherstellung der Brotversorgung unseres Landes. Der Bundesrat hat den Eidgenössischen Räten in einer Botschaft den *Entwurf eines neuen Getreidegesetzes* unterbreitet, das die heutige, Ende 1960 ablaufende Getreideordnung ablösen soll. Bekanntlich versuchte der Bundesrat ursprünglich, an Stelle des geltenden Artikels 23^{bis} einen geänderten Verfassungsartikel zur Grundlage seiner künftigen Getreidepolitik zu machen. Dieser wurde aber von den Arbeiterorganisationen bekämpft und am 30. September 1956 von Volk und Ständen wuch-

tig abgelehnt, weil er eine Brotverteuerung zur Folge gehabt hätte. Der jetzige Entwurf für ein neues Gesetz sieht weder Mahlvorschriften noch eine Weißmehlabgabe vor, so daß in Zukunft die Ruchbrotverbilligung wegfallen würde. Allerdings prophezeit der Bundesrat sinkende Weltmarktpreise, aber die Konsumenten werden gut daran tun, nicht auf eine derart unsichere Annahme zu bauen, zumal der vorgesehene freie Getreideimport um einiges teurer zu stehen kommen dürfte als der zentralisierte Einkauf durch den Bund. An dieser Vorlage, die auch für die Landwirtschaft einige Haken enthält, wird verschiedenes geändert werden müssen, wenn sie die Zustimmung der Sozialdemokraten, der Gewerkschaften und der Angestelltenverbände erhalten soll. Das sei heute schon gesagt.

Von den Behörden, die sich mit der Entwicklung und *Verbesserung der eidgenössischen Sozialwerke* zu befassen haben, ist nichts Neues zu melden, wenn man von dem mageren Projekt für ein Rheumagesetz absieht. In den mit solchen Aufgaben betrauten Abteilungen des Bundeshauses läßt man sich Zeit, sehr viel Zeit, auch wenn es um die Ausarbeitung von Vorlagen geht, die längst fällig sind. Ab und zu, wie im Falle der Invalidenversicherung, wird zwar ein Erscheinungstermin angekündigt, der dann aber – auch daran ist man nachgerade gewöhnt – prompt . . . nicht eingehalten wird.

Und hierin liegt notabene eine der Ursachen des chronischen Mißmutes, der heute so viele Stimmberechtigte von den Urnen fernhält. Die Krankheit der Abstimmungsabstinenz gedeiht ja nicht nur im Zeichen des Spruches « . . . sie machen ja doch, was sie wollen », sondern ebenso sehr in der oft gehörten resignierenden Feststellung, daß « sie » nichts oder viel zu wenig machen, wenn es sich um die Förderung der Sozialpolitik handelt. Natürlich ist der Verzicht auf das Ausüben seiner Bürgerrechte eine unglückliche Form des Protestes gegen das Versagen des Staates und seiner Organe. Sie bewirkt genau das Gegenteil dessen, was die Protestierenden anstreben – sie begünstigt die sozialpolitischen Bremsen. Darum dürfen wir nie aufhören, an alle Männer und Frauen, die den sozialen Fortschritt wünschen, den Appell zu richten, die politischen Möglichkeiten zur Überwindung der sozialen Lethargie besser auszunützen. Diese Möglichkeiten bestehen in der Stärkung der Sozialdemokratischen Partei und in der vermehrten Anwendung der außerparlamentarischen Mittel, die dem Schweizervolk in seiner Verfassung gewährleistet sind.

Einen Vorstoß in dieser Richtung hat der Parteivorstand der SPS ins Auge gefaßt, als er an seiner Sitzung vom 21. Juni beschloß, dem nächsten schweizerischen Parteitag die Frage der Lancierung einer *Volksinitiative für die Verbesserung der AHV-Renten* vorzulegen, wobei daran gedacht wird, die hierfür erforderlichen finanziellen Mittel durch eine Verfassungsbestimmung zu beschaffen, welche die öffentliche Hand verpflichtet, laufend einen

bestimmten Prozentsatz, zum Beispiel die Hälfte der Kosten der AHV zu übernehmen. Jetzt ist es ja so, daß der Bund und die Kantone zusammen, im Verhältnis zu dem, was die Versicherten an ständig steigenden Prämien aufbringen müssen, einen relativ immer kleineren Anteil übernehmen, weil die Leistungen der öffentlichen Hand auf maximal 160 Millionen Franken im Jahr begrenzt sind.

Im übrigen befaßte sich der Parteivorstand der SPS an der erwähnten Sitzung einläßlich mit der Lage, wie sie für die Sozialdemokratische Partei der Schweiz durch die Auseinandersetzung über die *Frage der atomaren Bewaffnung der Schweizer Armee* entstanden ist. Mit 44 gegen 5 Stimmen, bei einigen Enthaltungen, wurde der Beschluß gefaßt, auf den 4. und 5. Oktober einen außerordentlichen Parteitag nach Luzern einzuberufen. Er soll die einstweilen noch weitergehende Diskussion abschließen und die Haltung der SPS zu den Problemen der Atombewaffnung als letzte Instanz festlegen. Eine endgültige materielle Stellungnahme hat also der Parteivorstand nicht vorgenommen. Wohl aber wurde entschieden, daß die SPS als Partei die von einem außerparteilichen Komitee angekündigte Verbotsinitiative nicht unterstützen werde. Gleichzeitig richtete der Parteivorstand den Appell an alle Parteimitglieder, sich an keinerlei außerparteilichen Aktionen irgendwelcher Art zu beteiligen, bis der Kongreß der SPS seine Entscheidungen getroffen habe. Ein Mahnruf, dem offensichtlich beide Teile, also die Anhänger der «Bewegung gegen die atomare Aufrüstung», wie auch die Unterzeichner der «Erklärung der 35» willig Gehör schenken.

Wir haben unsere letzte innenpolitische Umschau mit der Bemerkung abgeschlossen, daß sich die Front in der Atomwaffendiskussion nicht parteimäßig abgrenzen lasse. Das ist inzwischen vielfach bewiesen worden. So wandte sich beispielsweise die basellandschaftliche Synode mit großer Mehrheit gegen die Ausrüstung der Schweizer Armee mit Kernwaffen, während in Genf 53 bürgerlich orientierte Persönlichkeiten des kulturellen und kirchlichen Lebens einen scharf formulierten öffentlichen Aufruf gegen die atomare Bewaffnung unserer Armee unterzeichneten.

Natürlich gibt es auch in der Westschweiz zweierlei Meinungen, und selbstverständlich vollzieht sich auch dort die Diskussion in oft leidenschaftlicher Weise. Aber wenn *Oliver Reverdin* im «Journal de Genève» behauptet, Atomwaffen seien heute das einzige Mittel, mit dem man einem allfälligen Gegner Respekt beibringen könne, oder wenn Chefredaktor *Michel Jaccard* von der «Nouvelle Revue de Lausanne» findet, daß unsere ganze Landesverteidigung sinnlos werde, wenn wir auf Kernwaffen verzichten, dann sind das Übertreibungen, die sich als Defaitismus mit Zeitzündung erweisen könnten. Dann nämlich, wenn uns die Atommächte kein spaltbares Material zur militärischen Verwertung zur Verfügung stellen oder nur zu Bedingungen, die mit unserem Status der Neutralität unvereinbar sind.

Inzwischen hat sich der schweizerische Bundesrat in einer *Erklärung vom 11. Juli* prinzipiell für die Anschaffung von Atomwaffen ausgesprochen. Er beauftragte das Militärdepartement, die mit der Einführung von Atomwaffen in unserer Armee zusammenhängenden Fragen weiter zu verfolgen und ihm zu gegebener Zeit Bericht und Antrag zuhanden der eidgenössischen Räte zu unterbreiten. Aber die schweizerischen Versuche, Atombomben zu erhalten, dürften auf erhebliche Schwierigkeiten stoßen. Offizielle amerikanische Kreise geben der Sorge Ausdruck, die Abgabe von Kernwaffen an Kleinstaaten könnte die Erwirkung eines internationalen Abkommens über die Einstellung der Versuchsexplosionen erheblich erschweren, ja sogar unmöglich machen.

Auch das vom Bundesrat erlassene polizeiliche *Verbot des Europäischen Kongresses der Intellektuellen gegen die Atomrüstung*, welcher auf den 4. und 5. Juli nach Basel einberufen war, hat ein schlechtes Echo gefunden, und zwar nicht nur im Ausland. Die Behauptungen, der Kongreß stehe unter kommunistischem Einfluß und stelle eine Einmischung in die schweizerische Wehrpolitik dar, wirken nicht überzeugend. Dem guten Ruf unseres Landes, ein Hort der freien demokratischen Diskussion zu sein, ist Schaden entstanden. Übrigens steht die kleinlich wirkende Verbotsmaßnahme auch rechtlich auf schwachen Füßen. Die Berufung auf den Artikel 102 der Bundesverfassung, so erklärt Manfred Kuhn im «Tages-Anzeiger», erfolge zu Unrecht; es handle sich um einen Akt der Willkür. Bedauerlich ist auch, daß sich der Bundesrat nicht dazu aufraffen konnte, den «Offenen Brief» des englischen Philosophen und Nobelpreisträgers *Bertrand Russel* zu beantworten.

Registrieren wir am Schluß dieser Betrachtungen noch etwas Erfreulicheres. Am 17. Juli wurde in Zürich die *Saffa* eröffnet. Eine prächtige Schau prächtiger Leistungen, welche die Schweizer Frauen jahrein und jahraus in den Familien, im Gewerbe, in den Büros und Fabriken sowie im Bereich des geistigen und kulturellen Lebens zum Wohle unseres Volkes vollbringen. Möge die Ausstellung alle Besucher zum Nachdenken anregen – zum Nachdenken über die Frage, ob es nicht endlich an der Zeit wäre, der Schweizer Frau gleichen Lohn für gleiche Arbeit und die gleichen politischen Rechte wie den Männern einzuräumen. Also etwas, das in einer Demokratie eigentlich selbstverständlich sein sollte. F. E.

Außenpolitik

Die internationale Lage hat im Laufe der ersten Julihälfte eine *sehr gefährvolle Zuspitzung* erfahren. Im Libanon war die innere Situation eher entspannt. Der Generalsekretär der UNO, Hammarskjöld, und die Beobachter des Sicherheitsrates hatten festgestellt, daß seitens der Vereinigten Arabischen Republik keine wesentliche Hilfe an die libanesischen Rebellen

erfolgte, was einen Appell des Präsidenten Schamun an die Hilfe der Vereinigten Staaten verhinderte. Rebellen und regierungstreue Politiker versuchten, dem Bürgerkrieg im Libanon ein Ende zu setzen. Sie waren sich darüber einig, daß der sehr umstrittene Präsident Schamun nicht versuchen sollte, die Verfassung zu ändern, um eine neue Amtsperiode als Präsident zu erzwingen. In der Sitzung des Parlaments vom 24. Juli 1958 sollte ein gemeinsamer Präsidentschaftskandidat aufgestellt und gewählt werden.

Am 14. Juli, als die Entspannung im Libanon in Aussicht stand, ereignete sich eine *Volkserhebung im Irak*. Man wußte seit längerer Zeit, daß die haschemitische Dynastie des jungen Königs Feisal, von England am Ende des Ersten Weltkrieges dem Lande aufgezwungen, sehr unpopulär war. Der Onkel des Königs, Thronfolger und Regent während der zwölf Jahre der Unmündigkeit des Königs Feisal, sowie der Regierungschef Nuri es Said Pascha hatten jahrzehntelang mit Polizeiterror, roher Gewalt und Korruption gegen Volk und Parlament regiert und den Interessen Englands und der großen britischen Ölgesellschaften gedient. Die armen landlosen Bauern, die Stadtbevölkerung und hohe Offiziere der Armee hatten schon mehrmals versucht, dieses despotische, feudale und korrupte Regime zu beseitigen. Aber die Revolten wurden im Blut erstickt.

Am 14. Juli gelang die Revolution. Die Monarchie wurde abgeschafft und die Republik proklamiert. Die unerträglichen inneren Verhältnisse im Irak waren in erster Linie für den Umsturz verantwortlich. Nasser, der damals mit Frau und fünf Kindern seit Wochen in Jugoslawien weilte, wurde von dieser Revolution überrascht. Es ist aber klar, daß die Revolution Ägyptens gegen Faruk, der starke arabische Nationalismus, der die Einheit der arabischen Völker des Nahen Ostens und Nordafrikas anstrebt sowie die Gründung der Vereinigten Arabischen Republik bei den Ereignissen im Irak eine wesentliche Rolle gespielt haben. Von einer Einmischung des Auslandes kann jedoch nicht im Ernst gesprochen werden.

Der Umsturz im Irak, dem Hauptgegenspieler von Ägypten im Nahen Osten, ermunterte natürlich die starken oppositionellen Kräfte im Libanon, in Jordanien und auf der arabischen Halbinsel, besonders in der Gegend von Aden und Oman, wo seit Jahren bewaffnete Kämpfe gegen die englischen Truppen stattfinden.

Der Präsident Schamun, dem die Verständigung zwischen regierungstreuen Truppen und Rebellen im Libanon ohnehin nicht paßte, benützte den Umsturz im Irak als Vorwand, um einen dringenden Hilferuf an die Vereinigten Staaten zu richten. In Panikstimmung sandte Präsident Eisenhower amerikanische Truppen nach dem Libanon, eigenmächtig, ohne vorherige Konsultation der Vereinten Nationen, die im Libanon eine Friedensaktion eingeleitet hatten, ohne die Berichte der an Ort und Stelle weilenden Beobachter des Sicherheitsrates abzuwarten und ohne Berücksichtigung

der Entspannung, die im Libanon eingetreten war. Die 8000 amerikanischen Soldaten wurden von der Bevölkerung, von der libanesischen Armee und besonders von den Beobachtern der Vereinten Nationen kühl empfangen.

Der König Jordaniens, Hussein, der Cousin des ermordeten Königs Feisal von Irak, erklärte sich zum Herrscher der ganzen Arabischen Föderation, das heißt von Irak und Jordanien, und gab bekannt, daß er die Aufständischen von Bagdad bekämpfen werde. Er rief die englische Regierung um Hilfe an. Die Regierung McMillan schickte sofort englische Truppen nach Jordanien. Vor einigen Jahren hatte der gleiche König Hussein die englischen Truppen aus Jordanien verjagt! England war früher einmal eine stolze Nation... Die Labour-Opposition und die Liberalen haben die Militärintervention in Jordanien scharf verurteilt, da auch das Regime Hussein eine Despotie ist, die nur mit ausländischer Geldhilfe und mit Polizeimethoden das feudale Regime gegen das Volk halten kann.

Die militärischen Interventionen der anglosächsischen Mächte im Nahen Osten haben die Spannungen in diesem gefährlichen Gebiet gewaltig erhöht und die Möglichkeit eines dritten Weltkrieges akuter gemacht.

Die Amerikaner und Engländer versuchen, ihre militärische Intervention damit zu rechtfertigen, daß sie von den Regierungen Libanons und Jordaniens zu Hilfe gerufen worden seien. Hat nicht Rußland im Oktober 1956 dasselbe Argument benützt, um die Intervention der russischen Truppen in Ungarn zu rechtfertigen? Hatten nicht Gerö und Hegedüs einen Appell an die russische Regierung gerichtet, um Hilfe gegen die «Konterrevolution»? Was gestern in Ungarn verwerflich war, sollte es im Libanon und in Jordanien heute gerechtfertigt sein? Sind wir in der Beurteilung der Lage nicht mehr objektiv, daß wir heute das verteidigen, was wir gestern scharf verurteilt haben?

Die militärische Intervention ist deshalb besonders verwerflich, weil der Sicherheitsrat der UNO im Libanon bereits eine Versöhnungsaktion eingeleitet hatte. Die Vereinigten Staaten haben eine völlige Mißachtung der Vereinten Nationen an den Tag gelegt. Aber jetzt wollen sie, die UNO solle, wie vor Jahren in Korea, ihren Segen zu dieser Intervention geben, sie rechtfertigen und unter ihrer Flagge fortführen.

Auf diese Weise kann kein Rechtszustand in der Welt geschaffen werden. Die Großmächte müssen einmal aufhören, die UNO vor fertige Tatsachen zu stellen.

Die russische Reaktion ist klar genug. An der Grenze der Türkei, wo ebenfalls amerikanische Truppen gelandet sind, und an der Grenze Irans haben 500 000 Soldaten der russischen Südarmeen großangelegte Manöver durchgeführt. Die Schwarzmeerflotte nimmt an diesen Manövern teil, und die russischen Truppen mit den bulgarischen Einheiten inszenieren ebenfalls Ma-

növer an der türkischen Grenze des Balkans. Im Sicherheitsrat der UNO blockiert Rußland durch ein Veto jede Aktion der Vereinten Nationen.

Die Vereinigten Staaten versuchen, das russische Veto durch die Einberufung der Generalversammlung der UNO zu umgehen, was Chruschtschew wieder damit zu durchkreuzen versucht, daß er die Abhaltung einer Gipfelkonferenz mit den Regierungschefs der Vereinigten Staaten, der Sowjetunion, Großbritanniens, Frankreichs und Indiens sowie dem Generalsekretär der UNO vorschlägt.

Dieser Vorschlag beabsichtigt, die Vereinten Nationen aus dem Spiel herauszumanövrieren und das Schicksal der Welt dem Kartell der Großen Fünf zu überlassen. Die kleineren Staaten würden nur noch Objekte der Verhandlungen der Großen sein.

Die Vorgänge im Nahen Osten verursachen darum so große Spannungen zwischen den Großmächten, weil dieses schwach bevölkerte Wüstengebiet die reichsten Ölquellen und -reserven der Welt enthält. Die Versorgung Europas mit Brennstoff ist sehr stark von den Lieferungen aus Mittelasien abhängig. Vor zwei Jahren, während der Suezkrise, hat man das erfahren.

Aber die Ölinteressen der Großmächte sollten die Lebensinteressen der arabischen Völker nicht beeinträchtigen. Wenn die westlichen Mächte die reaktionären, feudalen und korrupten Regime gegen die legitimen Interessen der Völker, die Despotie gegen demokratische Tendenzen der Jugend und der Intellektuellen verteidigen, dann arbeiten sie für Rußland. Die westlichen Demokratien sollten einmal den alten Gewaltmethoden des Kolonialismus abschwören, das Recht der Völker auf nationale Unabhängigkeit und Freiheit anerkennen und an Stelle von Ausbeutung und Plünderung eine wirtschaftliche Zusammenarbeit organisieren.

Ist die alte kapitalistische Welt einfach unfähig, dies zu begreifen und entsprechend zu handeln, dann ist es Sache der sozialistischen Opposition, diese Prinzipien der Menschlichkeit und der Demokratie mit gesteigerter Kraft zu verteidigen und durchzusetzen.

In Frankreich hat die Regierung de Gaulle eine eindeutige Rechtsschwenkung gemacht. Der geistige Führer der Rebellion der französischen Armee in Algerien und der Wohlfahrtsausschüsse, Soustelle, ist in die Regierung de Gaulle eingetreten, und die abtrünnigen Generäle und Offiziere sind befördert worden. Die sozialistische Parteileitung hat — in Abwesenheit von Guy Mollet — gegen diese Entwicklung protestiert und die Auflösung der Wohlfahrtsausschüsse verlangt. Ohne Erfolg! Und Guy Mollet bleibt mit Soustelle in derselben Regierung, die die Vierte Republik beerdigt. Die alten Parteien befinden sich in völliger Auflösung und das Volk ist desorientiert und passiv.

JHD